



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Elmar Hayn, Claudia Köhler, Eva Lettenbauer** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Reformprozess entschlossen vorantreiben: Für eine echte Selbst- und Mitbestimmung in der professionellen Pflege**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Etablierung einer echten Berufsvertretung der Gesundheits- und Krankenpflegerinnen und -krankenpfleger, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und -krankenpfleger, Altenpflegerinnen und Altenpfleger, Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner sowie Pflegefachfrauen (Bachelor) und Pflegefachmänner (Bachelor) im Freistaat transparent und umgehend voranzubringen.

Das Ziel soll sein, eine echte Selbstverwaltungsorganisation aufzubauen, die den Berufsstand Pflege stärkt, die Profession Pflege anerkennt und als Standesvertretung der Profession Pflege in Bayern agieren kann.

### **Begründung:**

Im Jahr 2017 wurde die Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB) gegründet und bis heute sind die Mitgliederzahlen sehr gering. Von geschätzt 160 000 Pflegekräften in Bayern sind aktuell etwa 3 200 Mitglieder. Gemessen an dem, was möglich wäre – ist das „keine Stimme für die Pflege“. Eine Evaluierung der VdPB zeigt großen Reformbedarf: Die Empfehlungen weisen an zahlreichen Stellen nachdrücklich auf eine Neuausrichtung, Neukonzeption und strukturelle Veränderungen hin und im Vergleich zu einer Pflegekammer werden deutliche Veränderungsbedarfe sichtbar. So besteht bspw. eine zu geringe Wirksamkeit und Tragweite der VdPB, die bundesweite Anschlussfähigkeit an bestehende Selbstverwaltungsorganisationen der Profession Pflege ist fraglich, das Modell einer berufsständischen Vertretung gibt es nicht. Es bedarf also einer dringenden Anpassung, fordert auch der Bayerische Landespflegerat und die Landesdekanenkonferenz Pflegewissenschaft in einer Pressemitteilung vom 30.03.2023. Das Konstrukt des „Pflegerings“ der Regierung ist gescheitert.

Dass diese Ergebnisse bereits seit 04. Mai 2022 vorliegen und das Gutachten bis gestern nicht bekannt gegeben wurde, ist bezeichnend. Im Ausschuss für Gesundheit und Pflege wurde am 09.05.2023 über die Ergebnisse berichtet und das Gutachten verteilt. Zudem wurde im Ausschuss über den im Nachgang zum Gutachten im letzten Jahr gegründeten Reformausschuss berichtet. Der Reformausschuss hat Empfehlungen vorgelegt, die ebenso erst gestern bekannt wurden. Das Pflegendenvereinigungs-gesetz befindet sich wohl bereits in einer Neuregelung. Dass die Ergebnisse so lange unter Verschluss gehalten wurden und die Intransparenz des Staatsministeriums im Umgang mit den Ergebnissen des Gutachtens zur Evaluierung der VdPB lassen noch viele Fragen offen. Zumal die Informationsflut gegenüber den beruflich Pflegenden in Bayern weiterhin übersichtlich ist.